

Lesen und weitergeben!

KLASSENJUSTIZ

Mitteilungsblatt des Bezirks Berlin-Brandenburg der Roten Hilfe Deutschlands

Gesetzrat: Berlin SW 08, Zimmerstraße 29, v. II / Telefon: Dohhoff 4096
Kleiderkammesstelle: Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, Hof Keller Montag bis Freitag 2-6 Uhr

3. Jahrgang

Berlin, März 1927

Nummer 2

Internationaler Rote-Hilfe-Tag

18. März 1927

Das klassenbewusste Proletariat aller Länder wird auch in diesem Jahre am 18. März seinen internationalen Rote-Hilfe-Tag begehen. Es wird zurückdenken an den ersten ruhigen Sieg der Pariser Kommune im Jahre 1871, als das Proletariat das erste Mal sein Geschick selbst in die Hand nahm. 72 Tage hat die Pariser Kommune nur existiert, dann kam die grauenhafte Niederschlagung dieser proletarischen Revolution. Dreihunderttausend Kommunarden haben ihr Leben dem Wohl der werttätigen Massen geopfert; Zehntausende wurden in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen oder nach Neukaledonien verbannt.

"Als Opfer sind sie gekommen!"

Das Proletariat wird ihrer am 18. März gedenken und wird aus diesem gewaltigen Kampf und seiner Niederlage auch die entsprechenden Lehren ziehen. Das Beispiel der Pariser Kommune hat dem unterdrückten Proletariat den einzigen richtigen Weg der Befreiung vom Joch des Kapitals gezeigt und den Glauben an ihre Kräfte gewaltig gestärkt.

Diese Niederlage konnte nur eintreten, da es zur Zeit der Pariser Kommune keine einheitliche, politische Partei gab, die auf der Grundlage des Klassenkampfes aufgebaut war und weil die Pariser Kommunarden von den Proletariern anderer Länder nicht unterstützt wurden.

Die Solidarität der Arbeiterklasse setzte nicht ein und die Blutiger der weisgardistischen, französischen Offiziersklanarilla mit Unterstützung der Bismarckischen Kavallerie und deren Soldatenstaaten, seitens Orgien des Massenmordes unter den Pariser Kommunarden. Die Lehren, die uns die Pariser Kommune gab, wird das Proletariat niemals vergessen.

Eine einheitliche, revolutionäre Partei auf der Grundlage des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats ist in der kommunistischen Internationale geschaffen.

Die heute schon über 5 Millionen zählende internationale Rote-Hilfe-Organisation ist das Hinterland des revolutionären Vortripps und sammelt die solidarischen Kräfte der breitesten werttätigen Schichten. Gerade diese Kräfte werden und müssen verhindern, daß der immer brutaler werdende weiße

Terror in den einzelnen kapitalistischen Ländern die dortige revolutionäre Bewegung völlig unterdrückt und niederschlägt.

Die Reaktion arbeitet mit aller Kraft daran, um dem Beispiel der Ewers und Gallifet zu folgen. Das Ergebnis sind gerade heute die Hunderttausende gefangenenen Revolutionäre, die in den Zuchthäusern und Gefängnissen der Bourgeoisie schmachten. Noch größer ist die Zahl der ermordeten proletarischen Klassenkämpfer. Endlos ist die Reihe der Grabhügel der im proletarischen Klassenkampf gefallenen, erschlagenen und hingerichteten Revolutionäre, zahllos sind die unbekannten Hügel unter denen die Besten der Arbeiterklasse verscharrt wurden, nachdem sie im Hinterhalt verkleppt, von faschistischen Banditen ermordet wurden.

Mit diesen Mitteln glaubt die heute herrschende, im Absterben begriffene, bürgerliche Gesellschaft den Tag ihres endgültigen Verschwindens noch um eine Zeit hinausschieben zu können.

Am 18. März wird das Proletariat in allen Ländern in großen Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen aller Opfer des proletarischen Klassenkampfes gedenken.

Diese Opfer sind nicht umsonst gebracht. Sie haben für Millionen, die heute im Kampf stehen den Weg gewiesen, der zur endgültigen Befreiung führt. Dass sie in diesem Kampfe

nicht untergehen, dafür muss die Solidarität der Arbeiter also die Rote Hilfe sorgen. Diese Erkenntnis muss am 18. März allen Werttätigen zur Überzeugung werden.

Die Rote Hilfe muss den politischen Gefangenen wieder frischen Mut und neue revolutionäre Kräfte einschöpfen.

Dazu ist notwendig, die eigenen Reihen zu stärken und alle klassenbewussten Werttätigen in Stadt und Land unter dem Banner der Roten Hilfe zu sammeln.

Der 18. März muss der Tag der Sammlung der gesamten solidarischen Kräfte des internationalen Proletariats werden. Millionen müssen aufmarschieren, um zu zeigen und zu beweisen, daß das Proletariat aus der Pariser Kommune die Lehren gezogen hat und daß sich ihre Feinde nicht mehr wiederholen werden.



Kassenbericht

des Bezirksvorstandes der R.H.D. Berlin-Brandenburg
für den Monat November 1926

Einnahmen:

Eintrittsgelder	111,80
68750 Mitgli.-Markt. à 10 Pf.	6 875,—
994 Mitgli.-Marken à 50 Pf.	497,—
4733 Kinderh.-Markt. à 10 Pf.	473,30
Kollektivbeiträge	210,—
Sammelstellen	518,04
Sonstige Samml.	1 562,74
Postkarten	72,50
Broschüren	889,85
"Rote Helfer"	687,05
Gehaltsabzüge der Angestellten	1 465,75
Sonstiges	113,45
Vollständig-Markt. à 10 Pf.	11,70
1479 Weihn.-Markt. à 10 Pf.	147,90
Abzeichen	112,70
Armbinden	14,80
Summa:	13 263,58

Ausgaben:

Familien- und Gef.- Unterstützung	8 980,49
Entlassungsgelder f. Gefangene	75,—
Nothilfs-Unterst.	213,—
Propaganda u. Agit.	704,25
Gehälter u. Entschä.	642,—
Fahrgeld. u. Speisen	130,05
Porto u. Telephon	216,71
Miete, Heizung, Licht usw.	280,54
Büro-Utensilien	62,35
Sonstiges	58,33
Ausg. d. Ortsgrupp.	20,02
Winterhilfe	15,18
Abführung an den Zentralvorstand	7 000,—
Summa:	13 397,92

Kassenbest. a. 1.11.26	
a) Bargeld	6 846,64
b) Guthaben auf Postcheckkonto	1 060,21
Insgesamt:	21 170,43
Kassenbest. a. 30.11.26	
a) Bargeld	5 350,52
b) Guthaben auf Postcheckkonto	2 421,99
Insgesamt:	21 170,43

Berlin, 26. Februar 1927.

Die Richtigkeit des vorstehenden Kassenberichtes bestätigen:

Die Revisoren:

Moes Karl Wreydt Erna Lehmann

Kassenbericht

des Bezirksvorstandes der R.H.D. Berlin-Brandenburg
für den Monat Dezember 1926

Einnahmen:

Eintrittsgelder	128,40
15192 Mitgli.-Marken à 10 Pf.	7 519,20
1573 Mitgli.-Marken à 50 Pf.	786,50
14840 Weihn.-Markt. à 10 Pf.	4 484,—
Kollektivbeiträge	275,60
Sammelstellen	25 899,—
Sonstige Sammlung	5 154,82
Postkarten	113,—
Broschüren	317,55
18879 St. R. Helfer	1 387,88
Gehaltsabzüge der Angestellten	1 103,25
Sonstiges	117,—
1536 Kinderh.-Markt. à 10 Pf.	465,60
3. Vollständig-Markt.	0,50
Umnutz-Karten	3,26
Abzeich. u. Armbind.	153,70
Summa:	47 909,26

Ausgaben:

Familien- u. Gef.- Unterstützung	5 732,42
Entlassungsgelder für Gefangene	205,—
Nothilfs-Unterst.	200,—
Rechtschutz	—
Propaganda u. Agit.	841,10
Gehälter u. Entschä.	710,—
Fahrgeld. u. Speisen	176,50
Porto u. Telephon	190,98
Miete, Heizung, Licht usw.	274,84
Büro-Utensilien	49,35
Sonstiges	5,74
Winter- und Weih- nachtshilfe	2 340,56
Inventar	499,70
Ausg. d. Ortsgrupp.	85,60
Abführungen an den Zentralvorstand	25 000,—
Summa:	35 761,79

Kassenbest. a. 1.12.26	
a) Bargeld	5 350,52
b) Guthaben auf Postcheckkonto	2 421,99
Insgesamt:	55 681,77
Kassenbest. a. 31.12.26	
a) Bargeld	14 115,92
b) Guthaben auf Postcheckkonto	5 804,06
Insgesamt:	55 681,77

Berlin, 26. Februar 1927.

Die Richtigkeit des vorstehenden Kassenberichtes bestätigen:

Die Revisoren:

Moes Karl Wreydt Erna Lehmann

"Einer muß der Bluthund sein!"

Leicht vergibt man in solchen Zeiten, wie wir sie durchleben, wie sich Ereignisse abgespielt haben. Der Arbeiter darf nichts vergessen. Wir müssen daher von Zeit zu Zeit an die Ereignisse erinnern.

Acht Jahre sind es her, seitdem Rosse seinen berüchtigten Schleiferloß herausgab, der Tausende deutscher Arbeiter das Leben gelöst hat.

R.H. Im März 1919 kam es zu Kämpfen zwischen den in der Revolution aufgestellten republikanischen Verbänden, die aufgelöst werden sollten, und den unter dem Befehl von Reinhardi stehenden Regierungstruppen und Freikorps. Den republikanischen Truppen schlossen sich die Arbeiter an.

In einem offiziellen Bericht vom 9. März teilte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division der Berliner Presse mit (vergl. zum Beispiel "Deutsche Tageszeitung" vom 10. März): "Die Spartakisten führen zur Zeit ihre Macht, sich in Lichtenberg zu verschärftem Widerstand zu rüsten, aus. Das Polizeipräsidium wurde von ihnen gestürmt und sämtliche Bewohner, mit Ausnahme des Sohnes des Polizeipräsidenten, in diebischer Weise niedergemacht."

Lehnlich teilte Regierungsrat Doys vom Ministerium des Inneren dem "Berliner Tageblatt" am 10. März 1919 die Erziehung von 57 Polizisten mit.

Nach der "B. Z. am Mittag" vom 9. März 1919 wurden 60 Kriminalbeamte und viele andere Gefangene erschossen und zwar wurden "Gefangene, die sich zur Wehr setzen wollten, teilweise von vier bis fünf Spartakisten gehalten, während der sechste ihnen mit der Pistole zwischen die Augen schoß". Dabei stellte sich die "B. Z." auf eine "von einer militärischen Beschriftungsstelle ermittelte eidliche Aussage von fünf Soldaten."

Diese Nachricht ging durch die ganze deutsche Presse und beeinflußte die öffentliche Meinung in schärfster Weise gegen die Spartakisten. Tagelang wimmelte es von bluttrüchtigen Schilderungen. So meldete die "Vossische Zeitung" und natürlich ebenso die rechtsstehende Presse am 10. März sogar 150 Ermordungen.

Alle diese Meldungen waren erlogen. Erst am 13. März meldete die "B. Z.", daß die Beamten in Wirklichkeit entlassen worden waren. Am gleichen Tage erklärten die "Vossische" und der "Vorwärts" auf Grund der Aussagen des Bürgermeisters Biehler, daß sich alle Nachrichten über Massenerziehungskungen von Schütteln und Kriminalbeamten bei der Eroberung des Lichtenberger Polizeipräsidiums als unwahr erwiesen haben. Endlich nach der "B. Z." vom 14. März und dem Nachruf an die Gefallenen stellte es sich heraus, daß nur zwei Beamte tot waren. Davon war einer im Kampf gefallen und über die Todesart des anderen konnte nichts festgestellt werden.

Auf Grund des Lichtenberger Beamtenmordes ("Deutsche Tageszeitung", "Berliner Tageblatt" vom 10. März 1919) verhängte Rosse als Oberkommandierender in den Märkten über Berlin das Standrecht und erließ folgende Verordnung (WLB vom 9. März 1919):

"Die Grausamkeiten und Bestrafungen der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu folgendem Befehl: Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen."

Daneben erließ die Garde-Kavallerie-Schützen-Division selbständig einen Befehl, wonach auch Leute zu erschießen wären, in deren Wohnung Waffen gefunden würden. Ein Nachweis der Teilnahme an einem Kampfe sei nicht nötig.

Der Befehl lautete:

"Garde-Kav.-Sch.-Div., Abt 1a, Nr. 20 950. Befehl für den 10. 3. nachm. und 11. 3. 1919. Leitsatz: Wer sich mit Waffen widersetzt oder plündert, gehört sofort an die Mauer. Daß dies geschieht, dafür ist jeder Führer verantwortlich."

Ferner sind aus den Häusern, aus welchen auf die Truppen geschossen wurde, sämtliche Bewohner, ganz gleich, ob sie ihre Unschuld beteuern oder nicht, auf die Straße zu stellen, in ihrer Unwesenheit die Häuser nach Waffen zu durchsuchen; verächtige Persönlichkeiten, bei denen tatsächlich Waffen gefunden wurden, sind zu erschießen.

Ziffer 2: Jeder Hausbewohner oder Passant, der in unrichtiger Weise von Waffen betroffen wird, ist festzunehmen und mit kurzen Verhör in das nächste Gefängnis einzusiefern. Wer sich mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzt, ist sofort niedergeschüchtert.

Die "Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" haben zwar in ihrer Aussage vom 18. März 1919 erklärt, daß ihnen von zuständiger Stelle versichert worden sei, ein derartiger Erlaß sei nicht ergangen. Tatsächlich hat sich aber Marlow bei seiner ersten Aussage vom 4. Dezember 1919 ausdrücklich auf diesen Befehl gestützt und ihn wörtlich verlesen.

